Eiche dann so wie vielen bei Zusagen in Bruchköbel: Es wurde sich nicht daran gehalten. Das traurige Bild der abgesägten Eiche zur Deutschen Einheit steht nicht nur für gebrochene Zusagen, sondern ist Sinnbild einer Politik ohne Grundsätze, die offensichtlich schon vom Tagesgeschäft überfordert ist. Auch auf der städtischen Ebene hat die CDU mittlerweile die Werte verloren, die sie einmal ausgemacht haben.

Steuern- und Gebührenerhöhungen trotz sprudelnder Einnahmequellen

Der Bruchköbeler Haushalt profitiert von den bundesweit höheren Steuereinnahmen. Die über den Landeshaushalt fließenden Schlüsselzuweisungen sowie Anteile an den Einkommen- und Umsatzsteuern steigen auch 2019 weiter kräftig. Die Bruchköbeler Bürger tragen also mit den von ihnen in immer größerer Höhe gezahlten Steuern schon kräftig zum städtischen Haushalt bei. Zudem finanzieren sie mit der auf ihrem Rücken ausgetragenen Niedrigzinspolitik den städtischen Schuldenberg.

Angesichts dessen hält der BBB die Grenze der Belastbarkeit für erreicht. Die von Bürgermeister und Koalition vorgesehene Erhöhung der Kita-Gebühren im U3-Bereich ist auch wegen der immens angestiegenen Kosten aus interner Verrechnung so nicht nachvollziehbar.

Gleichzeitig offenbart gerade die Vorgehensweise zur Innenstadterneuerung, dass die Zahlen im Haushalt offensichtlich wenig mit der Realität zu tun haben. So fehlt die konkrete Kostenberechnung für den Innenstadtumbau aktuell immer noch. Wenn der größte Investitionsposten offensichtlich „geschätzt“ ist, dann muss man den gesamten Haushaltsentwurf des Bürgermeisters in Frage stellen. Zumal ja auch gerade die im letzten Jahr überschwänglich von CDU und SPD gefeierten Steigerungen der Gewerbesteuer für 2019 schon wieder zurückgefahren werden müssen, da sich die Einnahmen nicht wie erwartet entwickelt haben. Wo also sonst ist noch mehr der Wunsch als die Wirklichkeit Ursache der Zahlen?

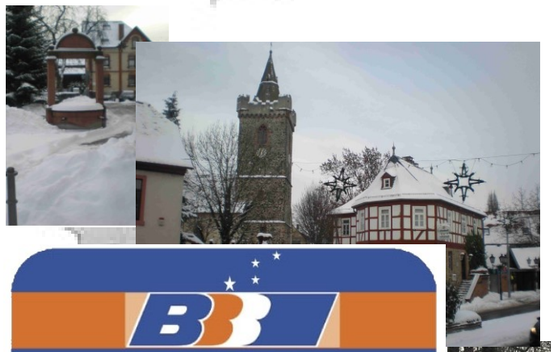
Grundsteuererhöhung für die Finanzierung von Rathausneubau und Tiefgarage

Gleichzeitig will man auf die Hälfte der grundlos überzahlten Gelder (300.000 € - siehe Artikel auf S. 1) für den Busverkehr verzichten, um diesen vom Bürgermeister zu verantwortenden Schaden unter den Teppich zu kehren. Die ganze Vorgehensweise ist für den BBB ein eindeutiger Beleg, dass die von CDU und SPD beschlossenen Grundsteuererhöhungen in 2019 und 2021 zur Finanzierung des neuen Rathauses und der Tiefgarage wohl unbedingt notwendig sind. Zumal nach dem Willen von Bürgermeister und Koalition offensichtlich ist, dass die Benutzung der Tiefgarage nicht kostenlos sein wird.

Gedanken zu Weihnachten

Das schönste Erlebnis
ist die Begegnung
mit dem Geheimnisvollen.

Albert Einstein

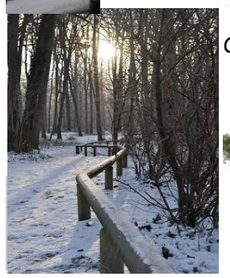


Der Herr ist unser Licht.
Ein Licht, das uns eine
einzigartige Freude
schenkt.

Papst Franziskus

Du kannst die Dunkelheit
nicht abschaffen
sinnlose Krieg nicht verhindern
und den Hunger ganzer Völker
nicht stillen.
Aber jeder von uns kann
die Augen eines Kindes
zum Leuchten bringen
dem Blick des Fremden
ein Lächeln entlocken
und den Lippen des Kranken
ein „Danke“.

Corinna Mühlstedt



Bruchköbler Bürger Bund
★ frei - sozial - christlich
★ Ein gesegnetes und besinnliches Weihnachtsfest ★ sowie ein gutes und gesundes neues Jahr wünschen Ihnen Vorstand und Fraktion des BBB
www.bruchkoebeler-buergerbund.de

Bruchköbeler BürgerBote
Ausgabe Winter 2018

CDU/SPD-Demokratie: Ausschluss der Öffentlichkeit

Bei den Ausgaben für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gab es für den Bruchköbeler BürgerBund und die weiteren Oppositionsparteien schon seit mehreren Jahren große Unstimmigkeiten und den Verdacht auf ungeklärte Überzahlungen in erheblicher Höhe. Der im März 2017 zur Aufklärung eingesetzte Akteneinsichtsausschuss (AEA) hat nun einstimmig diese Überzahlungen an die Kreisverkehrsgesellschaft (KVG) von 531.000 € für die Jahre 2010 bis 2016 festgestellt. Zusammen mit den für das Jahr 2017 zu errechneten ungeklärten Überzahlungen ergibt sich ein Gesamtschaden zu Lasten der Stadt Bruchköbel und damit deren Bürgerinnen und Bürger in Höhe von über 600.000 €. Der AEA hat weiter festgestellt, dass weder die Stadtverordnetenversammlung noch der Magistrat eingebunden waren. Die ungerechtfertigten Überzahlungen liegen in der politischen Verantwortung des Bürgermeisters als zuständigen Dezernenten, nach Feststellungen des AEA sogar in seiner persönlichen Verantwortung als Zahlungsanordnender.

Ungerechtfertigte ÖPNV-Ausgaben

Nachdem nach mehreren Anläufen vom Stadtverordnetenvorsteher der Bericht des Akteneinsichtsausschusses endlich auf die Tagesordnung gesetzt wurde, sollte man annehmen, dass bei einer solchen horrenden Summe eine Aussprache in der Stadtverordnetenversammlung eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein muss. Weit gefehlt: Der Stadtverordnetenvorsteher und die Mitglieder von CDU und SPD beendeten den Tagesordnungspunkt nach dem Bericht ohne die drei Wortmeldungen der Opposition zuzulassen.

Damit nicht genug: Um den für die Verantwortlichen offensichtlich peinlichen Vorgang möglichst schnell abzuschließen, sollte nun eine Vergleichslösung mit der KVG zu den eigentlich zurückzuzahlenden 600.000 € beschlossen werden. Damit hätten die Stadt Bruchköbel und letztendlich ihre Steuerzahler voraussichtlich auf mehr als die Hälfte der Schadenssumme verzichtet.

Schadenssumme: Mehr als 600.000 €

Die Diskussion dieses aus Sicht des BBB für die Stadt schlechten Vergleichs wollte aber die Koalition aus CDU und SPD nur hinter verschlossenen Türen führen. Deshalb wurde von ihnen mit Mehrheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen und die Zuschauer der Stadtverordnetenversammlung sowie die Presse mussten den Saal verlassen. Offensichtlich sollte damit das, auch aus Sicht der Fraktion der Grünen, offensichtlich rechtswidrige Verhalten des Bürgermeisters gedeckt werden. Ein untauglicher Versuch, denn mittlerweile haben Stadtverordnete der Oppositionsfraktionen gegen den von CDU und SPD beschlossenen Vergleich Klage erhoben. Diese war erfolgreich und die Rechtsverletzungen wurden auf Kosten der Stadt festgestellt.

Bleiben wird jedoch der Bärendienst, den die Bruchköbeler Koalition gemeinsam mit deren Bürgermeister der Demokratie erwiesen hat. Demokratie braucht gerade auch vor Ort Offenheit; Hinterzimmerbeschlüsse gehen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger. So gräbt man ehrenamtlichem Engagement auch an anderer Stelle das Wasser ab und treibt enttäuschte Wählerinnen und Wähler in die Parteien am extremen rechten und linken Rand. Der entstandene Verlust liegt über dem Betrag, den CDU und SPD jetzt mit der Grundsteuererhöhung 2019 den Menschen in Bruchköbel aus der Tasche ziehen will.

Mit dieser auch im Kommentar des Hanauer Anzeigers bedauerten mangelnden Transparenz haben SPD und CDU ihren Beitrag auch vor Ort dazu geleistet, dass es mit den ehemaligen "Volks"-parteien weiter bergab gehen wird.

Das Rathaus steht leer - und jetzt???

Spätestens mit der Pfingstübung der Bruchköbeler Feuerwehren vor einem halben Jahr war es für alle ersichtlich, dass das Bruchköbeler Rathaus geräumt ist und komplett leer steht.

Getan hatte sich jedoch im Vorfeld dieser Übung kein sichtbarer baulicher Fortschritt und seitdem scheint auch wenig voranzugehen. Stattdessen hat der Magistrat mit dem Bürgermeister an der Spitze mit einigem finanziellen Aufwand ein Übergangsrathaus in

Verantwortliche Redaktion
Harald Hormel
Michael Roth
Alexander Rabold

Anschrift
Bruchköbeler BürgerBund
Spessartring 33
D-63486 Bruchköbel

E-Mail: info@bruchkoebeler-buergerbund.de
Tel.: 06181 78156
Fax: 06181 576679

Gestaltung / Design
Christian Clauß

in Erlensee bezogen.
Die CDU/SPD-Koalition hatte im Mai 2018 mit Hilfe der Grünen die Magistratsvorlage beschlossen, dass für den Neubau des Pracht-Rathauses mit Tiefgarage ein "wettbewerblicher Dialog" durchgeführt werden soll. Verfahrensdauer: Nach eigenen Angaben des Magistrats mindestens ein halbes Jahr - mittlerweile soll es März 2019 werden. So lange werden außer Abrissarbeiten keine Neubaumaßnahmen begonnen. Die Mehrkosten seit dem Auszug aus dem bisherigen Rathaus laufen natürlich weiter. Da kann man schon nach der Sinnhaftigkeit des frühen Auszugs fragen.

Nichts bewegt sich auch bei der zugesagten Kostenberechnung. Diese sollte für den gesamten Innenstadtkomplex bereits Ende März 2018 vorgelegt werden. Letztmalig wurden die Stadtverordneten bezüglich der Kostenkalkulation im Mai 2018 vertröstet. Jetzt, ein halbes Jahr später, steht das bisherige Rathaus vor dem Abriss und Bürgermeister, CDU und SPD sind im finanzpolitischen Blindflug für den Neubau des Rathauses und der Tiefgarage. Mut oder doch eher völlig unverantwortlich!!!?

Stehen schon 30 Millionen im Raum???

In dieser Hinsicht war die Sprachlosigkeit von Bürgermeister und den Mitgliedern der CDU und SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung möglicherweise schon sehr vielsagend. Steht hier neben der bereits jetzt bekannt gewordenen Kostensteigerung um 1 Mio. Euro eventuell ein wesentlich höherer Betrag im Raum? An manchen Stellen wird gemunkelt, dass die 30 Mio. Euro Marke schon übersprungen sei. Die Geheimniskrämerei der Koalition lässt jedenfalls nicht Gutes vermuten.
Stattdessen wurde ohne jeden eigenen Redebeitrag der o.a. "wettbewerbliche Dialog" durchgepeitscht. An dessen Ende könnte dann wegen weiter steigender Kosten, die selbst von der schwarz-roten Mehrheit vielleicht nicht mehr verantwortet werden, ein Investorenmodell stehen, bei dem Bruchköbel sein komplettes Eigentum verkaufen und dann das Rathaus für teueres Geld zurückmieten muss. Damit werden künftige Generationen auf Jahrzehnte belastet und für die weitere Entwicklung Bruchköbels und insbesondere der Stadtteile bleibt nichts mehr übrig.
Zumal die Verhandlungsposition der Stadt immer schlechter wird. Sind mit dem Abriss des Rathauses und Seniorentreffs erst einmal Fakten geschaffen, ist es für jeden offensichtlich, dass Bruchköbel unbedingt neu bauen muss. Wenn jetzt der seit Jahren propagierte Partner Rewe, der sogar schon in der Stadtverordnetenversammlung für die Unterstützung des Neubauvorhabens von CDU und SPD das Wort ergriffen hat, für das innerstädtische Einkaufscenter nicht mehr sicher ist, dann lässt das tief blicken und Schlimmes befürchten.
Schon jetzt muss die Grundsteuer erhöht werden, um den Luxusneubau des Stadthauses und der Tiefgarage zu finanzieren. Selbst die für 2021 von CDU und SPD angekündigte nächste Stufe der Grundsteuerhöhung könnte nicht ausreichen, wenn die immer schlechtere Verhandlungsposition der Stadt zu immer höheren Belastungen führen wird. Für diese Koalition wird der Wähler noch teuer bezahlen.

Straßenbeiträge endlich abgeschafft

Schon seit Ende 2012 beschäftigt sich die Stadtverordnetenversammlung auf Grundlage eines Antrags des Bruchköbeler BürgerBunds (BBB) mit den Straßenbeiträgen. Die Umlegung von 25-75 % der Kosten der grundhaften Erneuerung einer Straße auf die Anlieger war im Hinblick auf den öffentlichen Gebrauch der Straßen ungerecht. Insbesondere ist sie in hohem Maße sozial bedenklich, da Anlieger hierdurch mit Straßenbeiträgen in vierstelligen, oft sogar höheren fünfstelligen Beträgen belastet wurden. Dies kann Menschen, die über kein hohes Einkommen oder keine hohen Rücklagen verfügen, in eine wirtschaftliche Not bis zur Existenzgefährdung bringen.
Seit unserer Antragsstellung in 2012 hatte sich jedoch keine Verbesserung ergeben, da Beschlüsse und in Auftrag gegebene Prüfungen, wie in Bruchköbel leider schon üblich, nicht durch den Bürgermeister umgesetzt wurden. Die jetzt durch die Gesetzesänderung auf Landesebene mögliche gänzliche Abschaffung der Straßenbeiträge wollte der BBB in der Junisitzung 2018 der Stadtverordnetenversammlung gleich umsetzen. Damit wäre Bruchköbel dem

Hanauer Vorbild gefolgt, wo diese Chance zur Entlastung der Bürger auf Initiative des Oberbürgermeisters gleich ergriffen wurde. In Bruchköbel musste stattdessen mit der Mehrheit von CDU und SPD erst einmal deren Antrag auf Prüfung erledigt werden. Diese überflüssige Prüfung ergab das vorhersehbare Ergebnis, dass der Wegfall dieser Gebühren für den Haushalt letztendlich zu verkraften sei und die Verwaltung entlastet. Die nach unseren mehrfachen, langjährigen Initiativen dann im Herbst beschlossene Streichung der Straßenbeiträge machte dann auch den gesonderten Beschluss erforderlich, dass die Anwohner des Windecker Wegs und der Bahnhofstraße für die dort ausgeführten Straßenausbauten nicht mehr zur Kasse gebeten werden. Für die Anwohner der Hauptstraße kommt der Beschluss angesichts der in Bruchköbel herrschenden Mehrheitsverhältnisse leider zu spät.

Schlusslicht im regionalen Vergleich - Endlich freies WLAN auch in Bruchköbel

Freies WLAN war vor ein paar Jahren ein Angebot, mit dem eine Stadt ihre Standortqualität verbessern konnte. Dies hatte der Bruchköbeler Bürgerbund aufgenommen und sich für die Schaffung eines freien, für jedermann zugänglichen drahtlosen Netzwerkes (WLAN) im Stadtzentrum und an den öffentlichen Plätzen ausgesprochen. Ein entsprechender Prüfauftrag wurde gestellt, der dann seit Februar 2015 unerledigt im Ausschuss schlummerte. Das nahm der BBB zum Anlass, im November 2016 einen Antrag für ein WLAN-Angebot der Telekom zu stellen. Mit deren damaligen Angebot wäre freies WLAN in Bruchköbel wohl für ein paar Hundert Euro zu bekommen gewesen. Trotzdem wurde der Antrag durch die Mehrheit der glücklosen Koalition aus CDU und SPD, die gerne Fortschritt propagiert, aber Rückschritt praktiziert, abgelehnt. Jetzt gibt es ein Programm der hessischen Landesregierung zur Förderung von öffentlichem WLAN mit dem schönen Namen „Digitale Dorflinde„. Also wurde von unserer Seite aus ein Antrag gestellt, dass sich Bruchköbel an diesem Programm beteiligen möge und der Magistrat Vorschläge für die maximal geförderten 10 Standorte erarbeiten soll. Selbst beim Bürgermeister stieß dieser Vorschlag auf grundsätzliche Zustimmung, da ja auch die Verwaltung schon „an diesem Programm dran“ sei ☺. Nur bei der CDU-Fraktion in Bruchköbel ist dieser Antrag als Teil moderner Infrastruktur noch nicht angekommen. Da mögen der eigene Bürgermeister und die CDU-geführte Landesregierung machen was sie wollen.
Mit viel Müh und Not wurde der Antrag in den Ausschuss verwiesen. Dort haben CDU und die ihr blind folgende SPD die Standorte auf 7 eigene Vorschläge begrenzt und damit dem eigenen Bürgermeister samt dem Magistrat die Möglichkeit zum Standortvorschlag entzogen. Wenigsten konnten wir vom BBB noch die zusätzliche Aufnahme des Freien Platzes erreichen. Gerade dort kann freies WLAN bei Veranstaltungen und dem regelmäßigen Wochenmarkt erheblich für einen attraktiven Aufenthalt beitragen.
Wenn jetzt hoffentlich irgendwann das freie WLAN auch in Bruchköbel kommt, dann sind wir damit leider nicht mehr an der Spitze, sondern eher eine der letzten Städte und Gemeinden, die dieses einführt. Wieder einmal wurde ein mit Phantasie und wenig Geld machbares Angebot für Bruchköbel vertan.

Kein Platz für die Deutsche Einheit in Bruchköbel

Das Jahr 1989 mit dem Fall der Mauer bewegte auch viele Bruchköbelerinnen und Bruchköbeler. Viele engagierten sich beim Aufbau demokratischer Strukturen oder im Vereinswesen in den neuen Ländern. Partnerschaften entstanden und gerade in den ersten Jahren wurden viele Wochenenden genutzt um sich gegenseitig kennenzulernen. Viele Kontakte gab es beispielsweise rund ums thüringische Gera mit den Städten Weida und Bad Klosterlausnitz. Zur Erinnerung an die erreichte Wiedervereinigung Deutschlands wurde auch in Bruchköbel am 03. Oktober 1990 eine Deutsche Eiche zwischen Rathaus und Seniorentreff gepflanzt und ein Gedenkstein errichtet.

Es war für den Bruchköbeler BürgerBund eine Selbstverständlichkeit, dass diese Eiche im Zuge des Innenstadtumbaus erhalten, gegebenenfalls verpflanzt werden sollte. Dies wurde im Magistrat vom Bürgermeister auch so zugesichert. Nur erging es der